

Die „Weißeritz-Zeitung“ erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Preis vierteljährlich 1 M. 25 Pfg., zweimonatlich 84 Pfg., einmonatlich 42 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Alle Postanstalten, Postboten, sowie die Agenten nehmen Bestellungen an.

Weißeritz-Zeitung.

Amtsblatt

für die königliche Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, sowie für die königlichen Amtsgerichte und die Stadträte zu Dippoldiswalde und Frauenstein

Verantwortlicher Redacteur: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 144.

Sonnabend, den 5. Dezember 1885.

51. Jahrgang.

Politische Wochenschau.

Deutsches Reich. Seit dem Rebeduell zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Abgeordneten Dr. Windthorst in der Sitzung des Reichstags vom vorigen Sonnabend ist die parlamentarische Atmosphäre offenbar ziemlich schwül geworden. Auch die Dienstags-Sitzung legte hieron Zeugnis ab. In derselben stand zunächst die vom Abg. Jazdzewski eingebrachte Interpellation wegen der Ausweisungen österreichischer und russischer Staatsangehöriger polnischer Nationalität aus dem östlichen Preußen auf der Tagesordnung. Schon die Einleitung der Sitzung erregte Spannung; der Reichskanzler verlas nämlich eine allerhöchste Botenschaft, in welcher die Interpellation als mit den Bestimmungen der Reichsverfassung nicht im Einklang stehend bezeichnet und erklärt wird, daß die Reichsregierung daher ihre Mitwirkung hierbei versagen müsse. Persönlich fügte dann Fürst Bismarck hinzu, daß auch er in seiner Eigenschaft als Bevollmächtigter Preußens zum Bundesrathe darauf halten müsse, daß den Bestrebungen Preußens zur Verhütung der weiteren Ausbreitung der Polonisierung von Reichswegen nicht entgegengetreten werde, es handle sich hier um ein Hoheitsrecht des Königs von Preußen, daß ihm nicht von den auswärtigen Staaten, wohl aber von einigen Parteien des Reichstages — und zwar vom Centrum und der deutschfreisinnigen Partei — bestritten werde und er müsse daher die Besprechung der Interpellation im Namen der verbündeten Regierungen ablehnen. Es entspann sich hierauf eine kurze, aber lebendige Geschäftsordnungsdebatte, die mit der Annahme des Windthorst'schen Antrages, die Interpellation von der Tagesordnung abzusehen, endete; während der Ausführungen Dr. Windthorst's verließ Fürst Bismarck mit den Bundesrathmitgliedern den Saal. Das Haus schritt nun zur Spezialberatung des Reichsbudgets, aber schon beim Etat des Reichskanzlers kam Abg. Windthorst auf die Poleninterpellation und auf die Erklärungen des Fürsten Bismarck zurück, indem er zunächst eine kurze Bemerkung über die Hoheitsrechte der Bundesfürsten machte und dann bestritt, daß der Reichstag zu einer Anfrage über die Ausweisungen nicht kompetent sein sollte. Schließlich behauptete der Redner, daß die ausgewiesenen Polen fast sämtlich Katholiken seien. Fürst Bismarck, welcher inzwischen mit den Bundesrathmitgliedern wieder im Saale erschienen war, nahm nun das Wort und führte aus, wie er wohl nicht erst zu versichern brauche, daß er bemüht sei, die Verfassung und die Rechte der Einzelstaaten zu schützen, die Reichsverfassung würde dann wohl nicht so fest gewachsen sein. Er erklärte dann, daß er die Ausweisungsmaßregel im preussischen Landtage vertreten werde und wies, auf die Interpellation Jazdzewski speziell übergehend, darauf hin, wie diese von einer höchst eigenthümlichen nationalen Koalition — außer dem Centrum und den Polen aus einem Theile der freisinnigen Partei, Elsäßern, Welfen, Volksparteilern und Sozialdemokraten bestehend — unterzeichnet sei. Mit einer solchen nationalen Koalition wolle sich Dr. Windthorst den Stiftern des Reiches entgegenstellen, wenn es sich darum handle, die nationalen Elemente vor den Fortschritten der Polonisierung zu schützen! Als eine Verleumdung bezeichnete es Fürst Bismarck, zu behaupten, die Reichsregierung weise die Polen aus, weil sie Katholiken seien, die polnische Propaganda sei die Ursache dieser Maßregel. Es handle sich hier lediglich um Zurückweisung der polnischen Tendenzen; glücklicherweise sei jetzt die Polenschwärmerei früherer Jahre in Deutschland verschwunden. Zum Schlusse versicherte der Kanzler nochmals seine Bereitwilligkeit, im preussischen Landtage auf die vorliegende Frage näher einzugehen. Von freisinniger Seite versicherte hierauf Abg. Hänel, seine Fraktionsgenossen hätten die Interpellation nur deshalb unterschrieben, weil es

sich bei den polnischen Ausweisungen um Dinge handle, die zu diplomatischen Anfragen geführt hätten und auswärtigen Verwickelungen gegenüber sei es das Recht des Reichstages, sich an die Deutschland nach Außen vertretende Reichsregierung zu wenden. Schließlich machte Dr. Hänel dem Fürsten Bismarck den Vorwurf, daß gerade er den partikularistisch zerstörenden Geist in die Reichsverfassung hineingetragen habe. Abg. Dr. Windthorst nahm hierauf nochmals das Wort, um in der Hauptsache zu erklären, daß das Centrum gemeinsam mit den Polen ginge, da es mit ihnen gemeinsam im Kulturkampf stünde. Namens der Nationalliberalen erklärte Abg. Marquardsen, es sei durchaus richtig, daß die Ausweisungsangelegenheit im Reichstage zur Sprache gebracht worden sei, denn das Reich habe die Pflicht, für die Beziehungen der Einzelstaaten zum Auslande aufzukommen. Namens der polnischen Partei wies Abg. von Koscielski den Vorwurf, die Polen seien reichsfeindlich, zurück und führte dann aus, daß die Ausweisungen der Humanität widersprächen. Endlich erklärte noch von den Sozialdemokraten Abg. Bebel sich mit der Interpellation vollkommen einverstanden. Die Sitzung endete mit Bewilligung verschiedener Etatspositionen. Obwohl die Interpellation Jazdzewski am Dienstag nach allen Seiten hin erschöpfend behandelt worden ist, so erscheint eine nochmalige Besprechung derselben nicht unmöglich, zumal da am Mittwoch ein Antrag desselben polnischen Abgeordneten auf Gleichberechtigung der polnischen Sprache vor den Gerichten auf der Tagesordnung stand. — Während es scheint, daß Deutschland die von ihm besetzten Karolinen-Inseln doch nicht behalten, sondern dieselben gegen Zustimmung von Handelsprivilegien x. an Spanien überlassen wird, hat Deutschland auf anderen Inselgruppen des Stillen Ozeans festen Fuß gefaßt, deren Besitz wir wohl als einen genügenden Ersatz für die Karolinen-Inseln betrachten können. Der Kreuzer „Nautilus“ hat am 15. Oktober auf der zu den Marschalls-Inseln gehörenden Insel Jaluit die deutsche Flagge gehißt. Mit allen bedeutenden Häuptlingen der genannten Inselgruppe wurden Verträge abgeschlossen und auf allen wichtigen Plätzen hißte der „Nautilus“ die deutsche Flagge. Die Marschalls-Inseln bilden zusammen mit den Gilbertinseln einen der ausgedehntesten Archipels des Stillen Ozeans, der östlich von der Karolinen-Gruppe liegt und dessen nördlicher Theil eben die Marschalls-Inseln umfaßt. Die hierzu gehörigen Inseln sind mit wenigen Ausnahmen ganz flach, zum Theil von üppiger Vegetation bedeckt und zerfallen in zwei parallele Hauptketten, die Natal- und die Natikinseln. Zusammen gehören zur Marschallsgruppe etwa 30 Inseln, deren Bewohnerzahl man auf etwa 10,000 schätzt. Auf den meisten dieser kleinen Eilande befinden sich deutsche Handelsstationen, die sich mit der Ausfuhr des Hauptproduktes der Marschalls-Inseln, des Kokosöles, befassen.

Balkanhalbinsel. Durch ein Machtwort Oesterreichs ist zwischen Serbien und Bulgarien Waffenruhe eingetreten. Man wird wohl annehmen können, daß Oesterreich, als es den Grafen Khevenhüller, seinen Gesandten in Belgrad, in das bulgarische Hauptquartier nach Pirots geschickt, um den Fürsten Alexander zur Annahme der Waffenruhe zu bestimmen, in Uebereinstimmung mit den übrigen Mächten, zum mindesten mit Deutschland und Rußland, handelte. Nur ist noch die Frage, ob sich die Bulgaren, ohne irgend eine Entschädigung zu erhalten, aus Serbien wieder nach Bulgarien zurückziehen sollen. In der Umgebung des Bulgarenfürsten scheint man hierzu nicht Willens zu sein, während man auf serbischer Seite, durch die moralische Unterstützung Oesterreichs wieder muthig gemacht, nach der Fortsetzung des Kampfes brennt. Die serbischen Rüstungen dauern fort, in allen Kreisläden sind Werbebureau eingrichtet, in Belgrad traten an einem Tage 300 Frei-

willige ein, außerdem wird das erste Aufgebot der Ersatzreserve einberufen. Auch hat die serbische Armee in der Person des Generals Horvath, des serbischen Gesandten in Petersburg, einen neuen Oberbefehlshaber erhalten. Da werden die Mächte nach beiden Seiten hin wahrscheinlich noch manches energische Wort sprechen müssen, ehe die wirklichen Friedensverhandlungen werden beginnen können. Zudem streiten sich die bulgarische und die serbische Regierung herum, wer schuld daran sei, daß sich am 28. November, nachdem die Waffenruhe schon verkündigt war, noch ein blutiger Kampf vor Widdin entspinnen konnte. Jedes schiebt natürlich die Schuld auf den andern und die gegenseitige Stimmung wird hierdurch gerade nicht eine veröhnlichere. — Ein Schreiben des serbischen Generalstabes zeigt dem bulgarischen Hauptquartier in Pirots an, daß König Milan als Bevollmächtigter für die Waffenstillstandsverhandlungen Milanowitsch ernannt habe. Die erste der bulgarischen Bedingungen dürfte die Räumung des Bezirks von Widdin durch die Serben sein. Serbien soll indeß durch seinen Vertreter in London erklärt haben, daß es entschlossen sei, den Krieg wieder zu beginnen, falls Fürst Alexander auf Geldentschädigung bestehe. Die Feststellung der Grenzlinie zwischen dem serbischen und dem bulgarischen Heere ist am Montag beendet worden. Aus Belgrad meldet man noch vom Dienstag Abend, daß auf der ganzen Linie Waffenruhe herrsche, daß aber fortgesetzt große Truppen- und Munitionstransporte nach dem Kriegsschauplatz abgingen.

Spanien. Jenfeits der Pyrenäen ist das neue liberale Kabinet Sagasta bemüht, sich möglichst fest in den Sattel zu setzen. Dasselbe hat seinen festen Entschluß zu erkennen gegeben, energisch jede Ordnungsstörung zu unterdrücken und nach außen gute Beziehungen, namentlich zu Frankreich und zu Portugal, zu unterhalten. Letztere Erklärung wird selbstverständlich in Paris mit großer Genugthuung aufgenommen werden und der französische Chauvinismus wird nicht verfehlen, sein altes Lieblingsprojekt von einem französisch-spanischen Bündnisse wieder hervorzutramen. Nun, man kann den Reoanropolitikern an der Seine dieses unschuldige Vergnügen ja gönnen!

England. Die asiatische Ausbreitungspolitik Englands hat mit dem erfolgreichen und kurzen Feldzug gegen Birma einen nicht zu unterschätzenden Triumph gefeiert, der in erster Linie dem Kabinet Salisbury zu Gute kommen wird. Nachdem König Thibo seine Unterwerfung erklärt, sind die englischen Truppen ohne Kampf in die Hauptstadt Mandalay eingerückt, wo sie die europäische Kolonie in Sicherheit fanden. Vielleicht wird die bedingungslose Unterwerfung des birmanischen Herrschers die englischen Sieger etwas gnädiger stimmen, aber selbst wenn sie ihm den Thron lassen, wird König Thibo nur eine Scheinexistenz auf demselben führen, nur eine Puppe in den Händen Englands sein. Der englische Kommissar in Ober-Birma ist vom Vizekönig von Indien beauftragt worden, das eroberte Land einstweilen im Namen der Königin zu verwalten.

Rußland. In Rußland betrachtet man die bulgarischen Siege kühnlich als russische Siege. Der Tagesbefehl des Czaren, in welchem derselbe den russischen Offizieren, die in der bulgarischen Armee gedient haben, seinen Dank ausdrückt, ist hierfür ein hinlängliches Zeugnis. Charakteristisch ist, daß die „Neue Zeit“ in diesem kaiserlichen Befehl eine Bestätigung der sittlichen Bande zwischen Rußland und Bulgarien erblickt und diese Bande müßten die beiderseitigen Mißhelligkeiten beseitigen.

Lokales und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Der hiesige landwirtschaftliche Verein beging an vergangener Mittwoch sein diesjähriges Stiftungsfest und prämierte, wie alljährlich, treuerdiente Dienstboten. Herr Kreissekretär Münzner

Insertate, welche bei der bedeutenden Auflage des Blattes eine sehr wirksame Verbreitung finden, werden mit 10 Pfg. die Spaltenzeile oder deren Raum berechnet. — Tabellarische und complicirte Insertate mit entsprechendem Aufschlag. — Eingefandt, im redaktionellen Theile, die Spaltenzeile 20 Pfg.